

Calmer Wochenblatt

Nr. 296

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

3. Jahrgang.

Verrechnungswiese: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Seite 10 Colopienne, Familienanzeigen 8 W. H., Nekrolog 20 W. H. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Dienstag, den 18. Dezember 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 600 Milliarden W. H., wöchentlich. Postbezugspreis 600 Milliarden W. H., ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die französische Antwort auf die Deutsche Note, welche jetzt direkte Verhandlungen wünscht, ist in Berlin eingetroffen. Herr Poincaré erklärt sich darin mit dem Vorschlag der Einleitung direkter Verhandlungen — selbstverständlich unter den üblichen Vorbehalten — einverstanden. Er will weder die französischen Gewaltmaßnahmen im Ruhrgebiet noch im Rheinland angestraft wissen, obwohl sie in keiner Weise mit dem Versailler „Vertrag“ etwas zu tun haben, was aber Herr Poincaré mit der ihm eigenen Dialektik und Verlehrung des Rechts bestreitet. Sodann will man die Frage der Militärkontrolle dazu benutzen, um die Verhandlungen weiter zu verschleppen.

Die deutsche Regierung scheint den Standpunkt zu vertreten, daß wir, da andere Ausichten nicht bestehen, versuchen müssen, unter möglicher Ausschaltung von Reibungsmomenten, zu Verhandlungen zu kommen.

Nach einer neuen Steuerordnung sollen die Geschäftsbetriebe verpflichtet werden, ihre Bilanzen in Goldmark umzustellen.

Das Reparationsproblem. Der deutsch-französische Notenaustausch.

Ein deutscher Kommentar zur Antwort Poincarés.

Berlin, 18. Dez. Zur Antwortnote Poincarés wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten entspricht in den wesentlichen Punkten der Havasmeldung vom 16. Dezember, zu der gestern schon amtlich Stellung genommen wurde, insbesondere auch, was die Rechte aller beteiligten Länder betrifft. Von unterrichteter Seite wird uns dazu noch folgendes mitgeteilt: Die Reichsregierung sieht den Kernpunkt der französischen Antwort darin, daß sich die französische Regierung — wenn auch unter Vorbehalt — jetzt grundsätzlich bereit erklärt, in einen Gedankenaustausch mit der deutschen Regierung einzutreten und insbesondere über eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten zu verhandeln. Wenn dabei betont wird, daß die französische Regierung eine mittelbare oder unmittelbare Revision der Bestimmungen des Vertrags von Versailles über die Rhein- und Ruhrfrage ablehnen müsse, so darf zunächst darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag von Versailles für das Ruhrgebiet keinerlei Bestimmungen enthält. Was die vertraglichen Bestimmungen für das Rheinland anlangt, so ist von deutscher Seite keineswegs eine Aenderung dieser Bestimmungen zur Diskussion gestellt worden. Das Ziel der deutschen Regierung besteht im Gegenteil darin, so schnell wie möglich den vertragsmäßigen Zustand im Rheinland wiederherzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es zunächst notwendig, die Verhältnisse in den besetzten Gebieten dadurch erträglich zu gestalten, daß, wie in der Aufzählung des deutschen Geschäftsträgers vorgeschlagen, über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung und des Verkehrs mit dem unbesetzten Gebiet verhandelt wird. Die Reichsregierung beabsichtigt, ihre Vorschläge zu diesen Punkten jetzt näher zu präzisieren. Sie hofft, daß die Verhandlungen alsdann fruchtbringend fortgesetzt werden können und zu einem Ergebnis führen, das zugleich auch für die endgültige Lösung der Rhein- und Ruhrfrage förderlich ist.

Der augenblickliche Stand der deutsch-französischen Verhandlungen.

Berlin, 17. Dez. Ueber den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Besprechungen erfahren wir: Der voraussichtliche Inhalt der Antwort des französischen Ministerpräsidenten läßt sich im Wesentlichen aus der darüber veröffentlichten Havasmeldung vom 16. Dezember entnehmen. Wenn

die französische Regierung darnach über alle ihre Alliierten interessierenden Fragen zunächst mit diesen Fühlung nehmen will, so entspricht das ganz den Ansichten der deutschen Regierung, die von dem in Paris und Brüssel gestellten Antrag der Regierungen in London und Rom benachrichtigte. Sie hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß nach ihrer Ansicht sämtliche schwebenden Fragen nur einheitlich und unter Beteiligung aller interessierenden Mächte gelöst werden können. Andererseits muß daneben eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten erfolgen. In dieser Hinsicht bemerkt Havas, die französische Regierung vermöge in der Rhein- und Ruhrfrage an ihrer Auffassung nichts zu ändern und insbesondere nicht, die französischen und belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet oder die Rheinlandkommission ihrer Kompetenzen zu entkleiden. Darauf ist zu antworten, daß die Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet noch keine selbständigen internationalen Organe, sondern ausschließlich Exekutivorgane ihrer Regierungen sind. Auch die Verfügungen der Rheinlandkommission, die den jetzigen unhaltbaren Zustand im Rheinland geschaffen haben, sind lediglich auf die Weisungen der französischen und der belgischen Regierung zurückzuführen. Dementsprechend hat sich der französische Ministerpräsident nach der Havasmeldung ja auch bereit erklärt, über den modus vivendi, auf dessen Herstellung es der deutschen Regierung jetzt im Interesse der besetzten Gebiete zunächst ankommt, mit offiziellen Vertretern der deutschen Regierung zu verhandeln. Der Vorwurf von Havas hinsichtlich der Militärkontrolle, daß Loyalität in der Erfüllung des Versailler Vertrages fehle, ist nicht gerechtfertigt. Deutschland hat sich gegen die Kontrolle als solche niemals gewehrt, muß aber mit Rücksicht auf die stimmungsmäßigen Ergebnisse der Ruhrbesetzung vor einer Wiederaufnahme der Kontrolle zur Zeit eindringlich warnen.

Berlin, 17. Dez. Zu dem offiziellen Communiqué über den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Verhandlungen erfahren wir noch, daß die deutsche Regierung bisher nur auf die Havasmeldungen angewiesen war, da eine direkte Antwort Poincarés unserem Geschäftsträger in Paris zwar übergeben, aber in Berlin noch nicht eingetroffen ist. Wenn der Reichsaussenminister in seiner Ansprache vor der Berliner Presse die Situation als durchaus ernst geschildert hat, so ist dies dahin zu verstehen, daß zwar noch gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sind, um zu direkten Verhandlungen von Regierung zu Regierung zu gelangen, daß aber durchaus keine Anzeichen dafür vorhanden seien, die darauf schließen lassen könnten, daß jedwede Verhandlung mit Paris und Brüssel von vorneherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein würde. Wie der Reichsaussenminister bereits ausgeführt hat, wird man sich zunächst bei den Verhandlungen damit begnügen müssen, einen modus vivendi zu finden, der die Inangangsetzung der Industrie, die baldige Rückkehr der Ausgewiesenen, die Freilassung der politischen Gefangenen und überhaupt die Sicherung der Lebensnotwendigkeiten ermöglicht, während die Wiederherstellung des status quo ante den späteren äußerst komplizierten Unterhandlungen vorbehalten bleiben muß. Die Frage der Militärkontrolle dürfte nach Ansicht von unterrichteten Kreisen keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen und es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Frankreich selbst die Aufgabe des passiven Widerstandes anerkannt, da ja auch nach französischer Meinung dieser Widerstand sich lediglich auf den Vertrag von Versailles bezog. In der ausländischen Presse, namentlich in der französischen, wird teilweise erklärt, daß der von deutscher Seite beabsichtigte Schritt in Paris schon vorher bekanntgegeben worden sei. Es war dies aber durchaus notwendig, zu zeigen, daß wir auf jeden Fall zu direkten Verhandlungen kommen wollen, um auf das schwer gepöbelte Rheinland und Westfalen eine beruhigende Wirkung auszuüben.

Die Antwort des belgischen Vassalen.

Brüssel, 18. Dez. Die dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel gestern Abend zugegangene Antwort der belgischen Regierung stimmt inhaltlich mit der der französischen Antwortnote überein.

Die französische „Neutralität“ im Rheinland.

Mainkammer, 17. Dez. Die hiesigen Einwohner, die einen sogenannten Selbstschutz gegen die Separatisten bildeten und sich tapfer gegen sie zur Wehr setzten, sind unter der Anklage einer durch den Friedensvertrag verbotenen Bildung von militärischen Formationen vor das französische

Militärgericht in Landau gestellt und zu hohen Geldstrafen verurteilt worden.

Bergünstigungen für die Ruhrgefangenen.

Essen, 14. Dez. Heute wurde im französischen Hauptquartier dem Delegierten des Roten Kreuzes für das Ruhrgebiet eine offizielle Verfügung des Generals Degoutte übergeben. Darnach hat General Degoutte verfügt, daß in der Zeit vom 23. Dez. bis 3. Januar die Familienangehörigen der Verurteilten zum Besuch der Angehörigen in den verschiedenen Gefängnissen im Ruhrgebiet und den Gefängnissen in Saarbrücken und Germersheim alle Erleichterungen erhalten und daß den Verurteilten bei dieser Gelegenheit Liebesgaben und Weihnachtsgeschenke überreicht werden können. Besuche können in dieser Zeit jeden Nachmittag stattfinden.

Die Gewalttaten des Separatistengefandels.

Ludwigshafen, 16. Dez. Die Separatisten haben gestern die beiden Bürgermeister der Stadt Ludwigshafen Butscher und Müller verschleppt, unbekannt wohin. Der Stadtrat von Ludwigshafen, der am 11. Dezember in eindeutiger Weise seine ablehnende Haltung gegenüber der separatistischen Regierung in Speyer kundgetan hat, hat heute zu dieser unerhörten Herausforderung der gesamten Bevölkerung Stellung genommen. Er legt gegen einen solchen rechtswidrigen und gewalttätigen Akt Unbefugter, der die Stadt Ludwigshafen in ihrer jetzigen schweren Notlage ihrer leitenden Männer beraubt hat, energischen Protest ein.

In England ist man wieder einmal befriedigt.

London, 18. Dez. Reuter erfährt, daß man im gegenwärtigen Augenblick in London in Bezug auf die französisch-belgischen Erörterungen nicht genügend informiert sei, um daraus irgendwelche endgültigen Auffassungen abzuleiten. Im Ganzen würden die Anzeichen jedoch als befriedigend erachtet, da sie auf eine Erleichterung der Spannung und eine Erörterung von Fragen von gemeinsamem Interesse zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland hindeuteten. Um irgendeine Ansicht auszudrücken, sei es jedoch noch zu früh.

Die amerikanischen Vertreter offiziell bestellt.

Washington, 18. Dez. Logan teilte dem Staatsdepartement offiziell mit, daß General Dawes und der Finanzmann Owen Young zu Mitgliedern des Sachverständigenausschusses für die Prüfung des deutschen Budgets gewählt wurden. Sie werden in privater Eigenschaft und nicht als Vertreter der Regierung tätig sein.

Amerika lehnt die Beschlagnahme deutschen Kapitals ab.

London, 16. Dez. Einer Agenturmeldung zufolge wurde in Washington von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung es ablehne zuzustimmen, daß deutsche Kapitalien in Amerika für Reparationen beschlagnahmt werden.

Eine russische Note an Amerika.

London, 18. Dez. Reuter meldet aus New York: Die Russ. Tel.-Ag. gibt eine Note Tschitscherins an den Präsidenten Coolidge bekannt, die eine Antwort auf die Bemerkungen darstellt, welche der Präsident in seiner Botschaft an den Kongreß über Rußland gemacht hat. Die Note besagt, die Sowjetregierung sei bereit, alles Mögliche zu tun, soweit es die Würde und die Interessen Rußlands gestatten, um freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu schaffen. Die Note schlägt eine Besprechung aller Probleme vor, die der Präsident in seiner Botschaft erwähnt hat, um eine befriedigende Regelung zu schaffen.

Deutschland.

Einschneidende Beschränkungen des Justizwesens bevorstehend.

Mugsburg, 17. Dez. (Wolff.) Der Uebergang von der Papiermark zu wertbeständigem Geld, ohne daß genügend wertbeständige Steuern eingehen, hat bei den Hoheitsverwaltungen von Reich und Ländern mit ihren leeren Kassen die größten Betriebschwierigkeiten hervorgerufen. Einen entsprechenden Einblick gewährte eine Unterhaltung des Berliner Vertreters der „Mugsburger Postzeitung“ mit dem derzeitigen Reichsjustizminister Emminger. Es besteht die große Gefahr, meinte dieser, daß in nächster Zeit die Landesjustizverwaltungen erklären, sie müßten aus Mangel an Mitteln für die sachlichen Ausgaben der Gerichte, namentlich der Gebühren für die Zeugen, Sachverständige, Schöffen und Geschworene, die Gerichte schließen, dafür aber die Gefängnisse öffnen, weil die Verköstigung und Heizung unerschwinglich geworden seien. Beides erscheint gleichmäßig unmöglich. Nun besteht allerdings allseitig der eiserne Wille, durch tief einschneidende Steuern die notwendigen Geldmittel sofort flüssig zu machen, um über diese Uebergangszeit von mehreren Monaten hinwegzukommen. Andererseits würde es aber der Steuerzahler nicht verstehen, wenn nicht raschestens durch eine Aenderung der Gesetzgebung das ganze Gerichtsverfahren soweit vereinfacht wird, als das überhaupt noch mit einer unabhängigen und einwandfreien Rechtsprechung vereinbar ist. Die Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wird einen organischen Abbau ohne grundstürzende Aenderungen herbeiführen und vielen Leerlauf sowie viele kostspieligen Umständlichkeiten beseitigen. Aber diese Verordnung wird zum Teil erst am 1. April 1924 in Kraft treten können; daneben aber sind Notmaßnahmen radikaler Art als Uebergangsmassnahmen bis 1. April 1924 notwendig. „Ich bin seit vielen Jahren für eine stärkere Beteiligung des Laienelements an der Rechtspflege eingetreten und empfinde es als bitteres Schicksal, mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, die Kosten für die Schöffen und Geschworenen aufzutreiben, auf deren Mitwirkung vorübergehend ganz zu verzichten. Aber wenn ich vor die Wahl gestellt bin, entweder die ganze Strafrechtspflege in wenigen Wochen überhaupt still zu legen oder sie einstweilen nur mit Berufsrichtern durch die Uebergangszeit hindurchzuführen, so bringe ich den Mut auf, für eine allerdings nur kurz bemessene Zeit auf die Mitwirkung von Laien bei der Strafrechtspflege zu verzichten. Die Reichsregierung ist einstimmig dieser Auffassung beigetreten. Weiter kommen in Betracht das Ruhen aller Privatklagen sowie eine weitgehende Einschränkung von Rechtsmitteln, kurz Maßnahmen, die nur durch die äußerste Not ertragen werden können, die aber dem ganzen deutschen Volke, namentlich auch der schwerleidenden Beamtenerschaft anschaulich zeigen, wie ernst, wenn auch nicht hoffnungslos, unsere Finanzlage ist.“

Bevorstehende Verordnung betreffend die Umstellung auf Goldmark.

Berlin, 18. Dez. Ueber den Inhalt des Verordnungsentwurfs betreffend Inventarisierung und Bilanzierung in Goldmark weiß das „Berliner Tageblatt“ folgendes mitzuteilen: Der Entwurf geht von der Auffassung aus, daß alle kaufmännischen Unternehmungen zum 1. Jan. 1924 sich gewissermaßen neu aufbauen. Es ist deshalb vorgesehen, daß die zu diesem Zeitpunkt aufzustellenden Eröffnungsbilanzen in Goldmark erfolgen. Jeder Unternehmer soll sich auf Grund der Zurückführung auf Goldmark Gewißheit darüber verschaffen, wie der Stand seines Unternehmens wirklich ist. Nach der Umstellung muß der Betrag des Eigenkapitals einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien mindestens 5000 Goldmark, der einer G. m. b. H. mindestens 500 Goldmark betragen.

Gegen die geplante Aenderung des Reichsmietengesetzes.

Berlin, 14. Dez. Der Bund deutscher Mietervereine in Dresden hat, einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ zufolge, beschlossen, ein Telegramm an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler, den Reichsarbeits- und den Reichsfinanzminister, sowie an den Ueberwachungsausschuß des Reichstages zu richten, in welchem mitgeteilt wird, daß der Bundesvorstand beauftragt worden sei, sofort das Volksbegehren einzuleiten, falls das Reichsmietengesetz aufgehoben und Goldmieten eingeführt werden sollten.

Berlin, 18. Dez. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften und der Deutsche Mieterbund erheben in einer Erklärung an die Reichsregierung gegen die geplante Wohnungspolitik Protest. Sie fordern die Aufrechterhaltung der reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungswirtschaft. Die Aufwertung der Mieten könne nur entsprechend der Steigerung der Löhne und Gehälter erfolgen. Jeder Mehrertrag aus den Mieterhöhungen solle der privaten Bereicherung entzogen und zur Unterstützung leistungsschwacher Mieter und der Wohnungsbauwirtschaft in die öffentliche Hand übergeführt werden. Das Reichsmietengesetz solle aufrechterhalten bleiben.

Die Münchner Katholiken gegen die Beschuldigungen der Nationalsozialisten.

München, 14. Dez. Das Zentralkomitee der Münchner Katholiken befaßte sich gestern erneut mit den Angriffen gegen die Katholiken und Kardinal Faulhaber. In einer von der Versammlung angenommenen Entschliebung wird die bayerische

Staatsregierung aufgefordert, alles zu veranlassen, was geeignet sei, derartige Vorwürfe für alle Zukunft unmöglich zu machen und den pflichtgemäßen Schutz der katholischen Kirche und ihrer Würdenträger unter allen Umständen sicherzustellen. Die katholische Bevölkerung sei nicht gewillt, sich eine derartige Provokation noch einmal bieten zu lassen, ohne ihrerseits zur allerhöchsten Gegenwehr zu schreiten. Das Zentralkomitee erläßt hierzu eine längere Erklärung, worin u. a. die Behauptungen, daß Kardinal Faulhaber in der Nacht zum 9. November den Generalkriegskommissar umgestimmt und dadurch das nationale Unternehmen zum Scheitern gebracht habe, daß er die Lösung Bayerns vom Reich erstrebe und auf die Bildung einer Donaumonarchie hinarbeite, als absolut unwahr bezeichnet werden.

Württembergischer Landtag.

Die politische Aussprache.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Dez. In der Aussprache über die politische und wirtschaftliche Lage eröffnete heute nachmittag im Landtag den Reigen der Parteiredner der Abg. W i d e r (B.P.), der die gestrigen Ministerreden als äußerst dürftig bezeichnete und für das Volk wertvolle Mitteilungen darüber vermisse, wie die Regierung das Nationalvermögen gesichert, die Wirtschaft gefördert, die Spekulation vermindert, den Verbrauch gehoben und das Ansehen des Landes gemehrt habe. Man habe nur viele Klagen gegen den „Unbekannten“ in Berlin vernommen, wo doch dieselben Parteien wie in Württemberg maßgebend seien. Die neue Ära seit 1918 habe dem Volk bloß alle früheren Ersparnisse geraubt und jetzt, wo nichts mehr zum Herausholen da ist, komme der Zusammenbruch. Auf die wiederholten Warnungen der Rechten in den letzten Jahren sei nicht gehört worden und Demokraten wie Sozialdemokraten tragen die Schuld an der traurigen Lage des Wohnungsmarktes, der Sozialversicherung, des Finanz- und Steuerwesens. Die Deutschnationalen lehnen jede Verantwortung für alles ab, was seit der Revolution von den übrigen Parteien getan wurde. Der Redner verwahrte sich gegen die fortgesetzte Unterstüßung der Ueberfremdung deutschen Wesens und dagegen, daß die nationalen Verbände mit den staatszerstörenden Organisationen in den gleichen Topf geworfen würden. Mehrfach kam es zu größerer Unruhe, wobei der Redner sich kaum mehr verständlich machen konnte. Erfreulich sei, daß sich in Württemberg Sozialdemokratie und Regierung willig unter den Befehl eines früheren kaiserlichen Generals beuge. Zum Schluß seiner 1½ stündigen Rede zählte der Abgeordnete noch mehrere der bekannten deutschnationalen Wünsche auf. Als zweiter Redner sprach der Abg. K e i l, während fast die gesamte Rechte das Haus verlassen hatte. Er machte der Rechten den Vorwurf, daß politische Machthaber ihr den Weg zur Einsicht in die politischen Notwendigkeiten verperrt habe und daß die von ihr hiebei getriebene Politik den Feinden Deutschlands manche Waffe gegen das deutsche Volk in die Hände geliefert habe. Dem Privatbesitz machte der Redner den Vorwurf, daß er seinen Pflichten nicht immer nachgekommen sei. Die Sozialdemokratie sei für größte Sparsamkeit, die aber ihre Grenze haben müsse an dem, was zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse gehört. Die Staatsvereinfachung hätte dem Beamtenabbau vorangehen sollen. Die Ergebnisse der von der Regierung eingeleiteten Kommission müßten vor der endgültigen Entscheidung dem Landtag vorgelegt werden. Warnen müsse er vor einer weiteren Einschränkung im Volksschulwesen. Der Abbau dürfe vor dem Landtag nicht Halt machen. Schließlich kritisierte der Redner die von den Deutschnationalen mitgemachte Steuerpolitik unter dem Reichskanzler Cuno und machte der Polizei den Vorwurf, daß sie Untertanen von rechts und links nicht mit gleichem Maße messe. Staatspräsident Dr. v. H e b e r wies den Vorwurf der Rechten zurück, daß er einem Ausländer in unobjektiver Weise eine Wohnung verschafft habe. Der Abg. B o d (Zr.) stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz, daß für die Zentrumspartei die Einheit des Reiches oberstes Ziel sei. Für das Zentrum gelte nur das föderalistische Prinzip, den Unitarismus lehne es unter allen Umständen ab, sei indessen weit davon entfernt, partikularistischen Bestrebungen nachzugehen. Die Länder müssen wieder Steuerhoheit erlangen. Man dürfe sich nicht alles bieten lassen, was von Berlin kommt, besonders nicht auf dem Gebiete des Post- und Eisenbahnwesens. Der Redner polemisierte dann scharf gegen die Rechte, warf Ludendorff Landesverrat vor, lehnte für seine Partei jede Schuld ab, wenn Schieberismus und Spekulation mehr Erfolge erzielten als die ehrliche Arbeit, bedauerte, daß der Abg. W i d e r die Rentenmark diskreditierte, wünschte den Beamtenabbau nur insoweit, als auch Geschäfte wegfallen, verlangte in erster Linie die Entlassung der verheirateten Beamtinnen, ferner die Abschaffung des Achstundentags, Beseitigung der Demobilisationsverordnung und der Zwangswirtschaft, eine wirtschaftlichere Gestaltung der Steuern, ein Zerbrechen der Kartelle mit ihrer verhängnisvollen Preispolitik und betonte zum Schluß die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit, um aus dem Ertrag der Wirtschaft zu retten, was noch zu retten ist. Schließlich befaßte sich noch der Abg. B a u m g ä r t n e r (B.V.) eingehend mit der Tätigkeit des Regierungsdirektors Rohmann gegen den Minister des Innern in Bezug auf dessen Bestellung als Zivilkommissar und mit der demokratischen Kampforganisation. Nachdem dann noch einige kommunalistische Anträge verlesen worden waren, die die Entlassung der in Sachhaft befindlichen Kommunisten, die Stellung des Ministers des Innern vor den Staatsgerichtshof und ein Kontrollrecht der Abgeordneten über die Staatsverwaltung verlangen, wurde die Weiterberatung auf Samstag vormittag vertagt.

Gib keinen Auftrag nach auswärts!

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Dezember 1923.

Weihnachtsfeier des Christlichen Vereins junger Männer.

Eine der schönsten und anziehendsten Weihnachtsfeiern der christlichen Veranstaltungen hielt am Sonntag abend der Christliche Verein junger Männer im Vereins-hause ab. Der Andrang zu der Feier war noch nie so stark wie in diesem Jahre. Sehr viele fanden keinen Platz mehr und mußten wieder umkehren. Es war schade, daß nicht alle Freunde des Vereins das Dargebotene genießen durften. Ist es doch immer ein besonderer Reiz und eine frohe, angenehme Empfindung, im Kreise der heranwachsenden Jugend Weihnachten zu feiern und sich mit der heiteren, frischen Jugend zu erfreuen an der schönen und immer wieder neu lebenden Weihnachtszeit. Gemeinsame Gesänge weckelten mit Orchestervorträgen und Ansprachen ab. Der Verein verfügt über gute musikalische Kräfte, die sich zu einem Orchester und einem Singchor vereinigt haben. Der jugendliche Dirigent, der wohl das musikalische Talent seines Großvaters aufgenommen hat, führte seine Schar und brachte die vorgetragenen Stücke zu sehr guter Wirkung. Nach einer warmen Begrüßungsansprache durch den Vorstand, Stadtpfarrer L a n g, einem stimmungsvollen Gedicht von Cäsar Fleischhaken und der Verlesung des Weihnachtsevangeliums durch Stadtdiönar G ö s, hielt Hausvater S c h l o t t e r bei dem Wäldchenhause in Stuttgart die Festansprache. Der Redner, der als geborener Calwer ja hier allgemein bekannt ist, knüpfte an den Schmud des Christbaums an und versinnbildlichte diese Gegenstände mit dem Leben der Vereinsmitglieder. Er gab herzerfrischende Mitteilungen aus seiner Mitgliederzeit, wie er zu der Aufnahme in den Verein gekommen und wie wohl er sich darin befunden habe. Er wies aber auch auf das große Elend in der Großstadt hin und auf die mancherlei Gefahren, denen gerade junge Leute ausgesetzt seien. In der Jugendfürsorge werde vielfach die Erfahrung gemacht, daß manche Jünglinge, die früher Mitglied eines christlichen Vereins gewesen seien, verleitet durch die Welt, falsche Wege eingeschlagen hätten und schlechte Menschen geworden seien. Darum gelte es, den Weihnachtslegen in die christlichen Häuser hineinzutragen und sich auch der Gefallenen wieder anzunehmen. Die Ausführungen machten in ihrer Natürlichkeit einen sichtlich tiefen Eindruck. In das Leben und Treiben des Vereins führte eine Rede des Mitglieds M ü h l b e r g e r über das Thema „Was wir wollen“ und die Aufführung eines Weihnachtsspiels „Deutsche Weihnacht“ von Pfarrer Walter Mithaß in Berlin. Der jugendliche, begeisterte Redner stellte als Ziel und Ideal des Vereins Junger Männer auf: Vermittlung christlicher Weltanschauung im Zeichen der Kreuzesfahne, geistige und körperliche Ausbildung durch Vorträge, Unterhaltungsabende, sowie durch Spiel und Sport. Das Weihnachtsspiel, das an die Sonnenwendfeier der alten Germanen anknüpft, schildert in anschaulicher, lebhafter Weise, in ferniger Sprache und tiefem Ernst die Einführung des Christentums bei den alten Deutschen. Die Aufführung war sehr gelungen und voll spannender Handlungen. Große Heiterkeit erregten die altdeutschen Bekleidungen und Gebräuche. Die Träger der Hauptrollen, besonders der Sachsenhäuptling Franz S c h o f e r, hatten sich vollständig in den Inhalt des Stückes hineingefunden, aber auch alle andern Mitwirkenden leisteten ihr Bestes. Das Schlusswort sprach Delan Z e l l e r, der seine Ausführungen in drei Punkte, Freude, Dank und Wunsch in überzeugender Weise zusammenfaßte. Ein gemeinsamer Gesang beschloß die anregende und würdige Feier, für die dem rührigen Vorstand und den Mitgliedern des Vereins der herzlichste Dank aller Besucher gebührt.

Wertbeständige Wertzeichen der Reichsbahn.

Um weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, für später auszuführende Reisen das Fahrgehalt nach und nach anzusammeln, oder eine Sommerreise gewissermaßen auf Abschlag zu kaufen, werden mit Gültigkeit vom 17. Dezember 1923 ab wertbeständige Wertzeichen über Beträge von 2 und 5 Goldmark eingeführt, die an sämtlichen Fahrkarten- und Gepäckschaltern der Reichsbahn bei der Lösung von Fahrkarten aller Art an zahlungsstatt angenommen werden, also z. B. auch zu Feriensonderzügen, Jugendfahrten und sonstigen Fahrten, für die Fahrpreismäßigung besteht, ebenso bei der Lösung von Zeitkarten, Fahrscheineften usw. und zwar auch im Verkehr mit Privatbahnen und mit dem Auslande. Die Wertzeichen behalten Goldwert, sind bis 31. Dezember 1924 gültig und an allen Fahrkartenschaltern erhältlich.

Prozeß Köner.

(S.C.B.) Stuttgart, 17. Dez. Vor dem Schwurgericht begann heute die voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmende Verhandlung gegen den Schriftleiter der „Schwäb. Tagesztg.“, Theodor Körner jung, wegen Vergehens gegen die Preistreiberverordnung u. Anreizung zum Klassenhaß, und gegen seinen Bruder Hermann Körner, der verantwortlich zeichnet. Theodor Körner jung schilderte die Verhältnisse der Landwirte und betonte, er habe lediglich die Landwirte vor weiteren Verleumdungen schützen und der Bevölkerung klar machen wollen, daß es so nicht weiter gehen könne. Preistreiberei habe ihm ferngelegen, ebenso die Absicht einer Aufforderung zur Zurückhaltung des Getreides zwecks Erzielung höherer Gewinne. Im Hinblick auf die rasch sinkende Mark habe er die Landwirte vor unüberlegten Verkäufen warnen und vor Schaden bewahren wollen. Hermann Körner betonte, daß er die Zeitung erst nach Fertigstellung zu Gesicht bekomme und schloß sich im übrigen den Ausführungen seines Bruders an. Hermann Körner wurde nach der Vernehmung entlassen. Es sind 26 Zeugen geladen. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Schödt.

(SGB.) Stuttgart, 17. Dez. Eine große Versammlung des Württ. Beamtenbundes nahm gestern eine Entschliessung an, worin die Beamtenschaft die Verantwortung für die aus den Hungerlöhnen sich ergebende Auswirkung der Regierung zuschiebt und die württ. Regierung auffordert, beim Reich mit allem Nachdruck auf sofortige Erhöhung der Bezüge hinzuwirken. Die Resolution erklärt die Bereitwilligkeit zu allen notwendigen Einschränkungen, verlangt aber eine gerechtere Steuerpolitik und die Wiedereinführung weitgehender Steuerhoheit des Landes. Sie ist mit einer Personaleinschränkung nur in soweit einverstanden, als sie sich aus der Vereinfachung der Staatsverwaltung und der Einschränkung der Staatsaufgaben ergibt und Grundrechte der Beamten in keiner Weise verletzt werden.

*

(SGB.) Höfen O. Neuenbürg, 17. Dez. Nachdem schon im vergangenen Sommer ein armes Kind von hier in Dänemark untergebracht worden war, sind jetzt durch Vermittlung einer hiesigen Familie vier Kinder dorthin abgereist. Die ganze Reise wird aus privaten Mitteln bezahlt. Die glücklichen Kinder kommen in ein Land, das keine Mißnot kennt, und zu Menschen, denen es eine Freude macht, armen Kindern von ihrem Ueberfluß zu geben.

(SGB.) Ebhausen, O. Nagold, 17. Dez. Die am 29. Sept. hier vorgenommene Schultzeinwahl ist angefochten worden. Es fand deshalb eine nochmalige Wahl statt, aus der wiederum Obersekretär Munk-Altensteig als Sieger hervorging. Er erhielt 384 Stimmen, sein Gegner, Verwalter Stirner, 281 Stimmen.

(SGB.) Zuffenhausen, 17. Dez. In Schutzhaft genommen wurde letzter Tage Bäckermeister Robert Bette, Mitinhaber der Brot- und Feinbäckerei Robert und Othmar Bette hier. Die Ursache zur Verhaftung soll im Mindergewicht des Brotes liegen.

(SGB.) Sillenbuch bei Stuttgart, 17. Dez. Dieser Tage kam ein junger, geistesgestörter Student der Höpferheimer Hochschule in städtischer Nacht morgens 3 Uhr an ein Haus, das noch Licht hatte, und begehrte Einlaß. Er war vollständig nackt und hatte sich seiner Kleider auf seiner Irrfahrt entledigt. Nach Reibung von Kleidung und Gewährung von Unterkunft wurde er dem Schutzeinnehmer übergeben, das seine Schutzhaft verhängte. Später wurde er im Sanitätswagen nach Stuttgart geschafft.

(SGB.) Stuttgart, 17. Dez. Die außerordentliche Generalversammlung der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgart tagte am 13. Dezember im Gewerkschaftshaus. Infolge des Rücktritts des Gewerkschaftsvorstandes mußten Neuwahlen vorgenommen werden. Von 100 abgegebenen Stimmen entfielen auf die gewerkschaftliche Liste 59, während die kommunistische Richtung nur 41 Stimmen aufzubringen vermochte.

(SGB.) Heidenheim, 17. Dez. Einem Mann aus der Gegend von Schorndorf wurde auf dem Wochenmarkt ein Zentner Äpfel beschlagnahmt, der zu 35 Pfg. das Pfund verkauft werden sollte, trotzdem der normale Preis nur 25 Pfg. betrug. Die beschlagnahmte Ware wurde zu 25 Pfg. das Pfund verkauft und der Mann zur Anzeige gebracht.

(SGB.) Laupheim, 17. Dez. In der Nacht drangen Diebe bei Müller Pfliz zur Oelmühle, während in der Mühle noch gearbeitet wurde, durch ein Fenster in den Stall und schlachteten ein fettes Schwein ab. An dem Vorhaben, ein zweites Schwein abzuschlachten, scheinen sie

durch irgendwelche Umstände verhindert worden zu sein. Durch das viele Blut wurde man bei der Morgenfütterung sofort auf den Raub aufmerksam und fand das arme zweite Tier mit Stichen im Hals noch lebend vor. Es mußte jedoch sofort eine Notchlachtung vorgenommen werden.

(SGB.) Weissenau, O. Ravensburg, 17. Dez. Der Witwe Weishaupt in Albersfeld, Gde. Taldorf, wurden durch mehrere Einbrecher aus dem Schweinestall drei Läufer im Gewicht von 1 Zentner und ein älteres Fahrrad aus dem Wagenshop gestohlen.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.	
1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	733,83 Ma.
1 franz. Franken	222,55 Ma.
1 holl. Gulden	1604 Ma.
Reichsindez für Lebenshaltung	1262 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1900 Ma.

Landesproduktbörse.

(SGB.) Stuttgart, 17. Dez. Auf dem Getreidemarkt sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Stimmung ist als etwas fester anzusehen; infolge der bevorstehenden Feiertage herrscht aber wenig Unternehmungslust. Es notierten je 100 Kg. in Goldmark: Weizen 19,25—20,25 (am 13. Dez.: 19—20), Sommergerste 15 bis 16,5 (unv.), Roggen 16—17 (unv.), Hafer 13—14 (13,5 bis 14,5), Weizenmehl 31,5—33 (unv.), Brotmehl 28,5 bis 30 (unv.), Kleie 7—7,5 (unv.), Weizenheu 7—8 (7,5—8,5), Kleeheu 9—10 (9,5—10,5), drahtgepreßtes Stroh 4½ bis 6 (5—6).

Schweinemärkte.

(SGB.) Herrenberg, 17. Dez. (Schweinemarkt) Zufuhr 65 Milchschweine, 20 Läuferchweine, Verkaufspreis für das Paar Milchschweine 30—50 M., für das Paar Läuferchweine 60—120 M.

(SGB.) Göggingen, 17. Dez. Der Schweinemarkt war besetzt mit 179 Milch- und 24 Läuferchweinen. Verkauf wurden 80 Milchschweine, das Paar zu 12—26 Goldmark und 8 Läuferchweine, das Paar zu 36—70 G.M.

Dem Markt in Craikshiem waren 30 Läufer- und 373 Milchschweine zugeführt. Preis pro Paar Läufer 50 bis 130 M., Milchschweine 15—45 M. — In Horb waren 107 Milchschweine zugeführt, wovon 78 Stück verkauft wurden. Für das Stück wurden 6—21 M. bezahlt. — Dem Markt in Munderkingen waren 6 Mutterchweine, 6 Läufer- und 356 Milchschweine zugeführt. Verkauf wurden 350 Milchschweine zum Preise von 6—20 M. für je ein Stück. — In Ravensburg wurden für Ferkel 8—16 Mark, für Läufer 20—20 M. bezahlt. — Dem Markt in Rottweil waren 233 Milch- und 5 Läuferchweine zu-

geführt. Bezahlt wurden für Milchschweine 15—35 M. pro Paar. Läufer wurden nicht verkauft.

Märkte.

(SGB.) Oberndorf, 15. Dez. Auf dem letzten Viehmarkt sind die Preise bedeutend zurückgegangen. Es fanden kräftige Kalbinnen im Preise von 300—400 M., besonders schöne im Preise von 350—500 M., Rinder von 180—250, auch bis 300, Ochsen 500—600 M. Ein ½-jähriges Kind kostete 120, eine Wursthuh ebenfalls 120, ein 2-jähriger Stier 285 M., ein schwerer 400 M., eine ausnahmsweise schöne Kuh 500 M., eine junge Ziege 20 M. Für 1 Paar Milchschweine wurden 18—22 M. bezahlt, für ein einzelnes Stück 13 M.; für 1 Paar Läuferchweine wurden 45—52 M. gefordert. Der Pferdemarkt ist ausgefallen, denn es war nicht ein einziges Pferd beigebracht.

(SGB.) Rosenfeld, 17. Dez. Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 6 Farren, 11 Ochsen, 48 Rühhe, 45 Kalbinnen und 87 Stück Jungvieh. Erlös für Farren 950, Kalbinnen 500, Jungvieh 90—200 M., 1 Paar Milchschweine 20—32 M.

(SGB.) Weßling, 17. Dez. Die Stimmung auf dem Jahrmarkt war sehr gedrückt. Der Viehmarkt war mit 95 Stück besetzt; davon wurden etwa 30 Stück verkauft. Jungrinder waren zu 100—150 M. erhältlich, ältere zu 200—250 M.; kräftige Kalbinnen galten 400—500 M., Schlachtkühe waren für 130—220 M. zu haben. Die Gemeinde Memmingen verkaufte einen Schlachtfarren mit 22 Ztr. um 600 M. — Auf dem Schweinemarkt waren die schönsten Milchschweine zu 15—20 M. pro Paar erhältlich. Schwere Läufer galten höchstens 35 M. das Paar.

Fruchtpreise.

Es kosteten auf dem letzten Neutlinger Fruchtmarkt der Zentner Weizen 11—15, Gerste 10—11,50, Hafer 7—8,50, Silber Dinkel 8,50—11, Roggen 11 M., auf der Tübinger Fruchtschranne Dinkel 13, Hafer 8—10, Weizen 14—15, Gerste 10 bis 12 Goldmark.

(SGB.) Ravensburg, 17. Dez. Der Verlauf der Schranne am Samstag brachte den zahlreichen Besuchern einige Ueberraschung. Einige Zeit nach Beginn des Handels erschienen einige Herren der Stuttgarter Landespolizei und gaben bekannt, daß die Preise der Ravensburger Schranne sich denen in Stuttgart anpassen hätten und nicht höher sein dürften als diese. Als sie bei Schrankenbesuchern auf Widerspruch stießen, wandten sich die Stuttgarter Herren an die Staatsanwaltschaft, die die zeitweise Schließung der Schranne verhängte. Nach Verhandlungen, bei denen auch Vertreter der Oberamtsstellen teilnahmen, erfolgte die Wiedereröffnung des Handels, der sich in der Folge den Stuttgarter Preisen ziemlich anpaßte. Nach vorläufiger Feststellung betrugen Zufuhr und Preise bei Weizen circa 1300 Kg., 100 Kg. zu 20—21 M., Roggen 500 Kg. 16—18 M., Gerste 2000 Kg. 16—20 M., Hafer 7000 Kg. 14—20 M.

Die höchsten Viehhandelspreise haben sich merklich nicht an den Württ. und Reichsmarktpreisen gemessen werden so für jene noch die sog. württembergischen Marktpreise in Rechnung kommen. B. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Sohn, Druck und Verlag der E. Schönbacher'schen Buchdruckerei GmbH.

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

So beschloß er, noch in derselben Nacht sich zu drücken, packte seine paar Sachen in eine Handtasche und hätte auch den Ausgang des Zirkus unbemerkt erreicht, wenn nicht die Wegelagerergewohnheit Kasanoffs gewesen wäre. Der Russe pflegte in Erinnerung an seine bewegte Vergangenheit überall und nirgends zu schlafen, bald lag er in einem leeren Pferdestall, bald in der Sattelkammer oder dem Requisitenraum; in jener Nacht hatte er seine mächtigen Glieder vor der Ausgangstür verstaubt, und Luis lief ihm geradewegs in die Arme.

Es gab eine kleine Auseinandersetzung, die indessen vollkommen freundschaftlich endigte; Zwan besaß viel zu viel Verständnis für einen plötzlichen Lustwechsel, um seinen Kollegen auf die Folgen eines Kontraktbruches hinzuweisen, und das Ende vom Liede war die Verabredung, daß sie einander nicht aus den Augen verlieren wollten.

Als Luis seine Stellung in Paris angetreten hatte, teilte er dem Russen denn auch tatsächlich seine Adresse mit; dieser aber ließ nichts weiter von sich hören — der Zusammenbruch des Zirkus mochte ihn wohl in ein unglückliches Wanderleben hinausgetrieben haben.

Luis fühlte sich keineswegs behaglich in seinem neuen Beruf. Er hatte hauptsächlich die Elefanten zu beaufsichtigen, und die gutmütigen Tiere machten ihm wenig Arbeit, aber das war gerade der Grund seiner Unzufriedenheit. Die ihm innewohnende Bändignatur forderte gebieterisch einen Kampf gegen Unbotmäßigkeit, und es konnte vorkommen, daß er seine Pflegslinge absichtlich reizte, nur um ihnen die Ueberlegenheit des brutalen Menschenwillens zu zeigen.

Er stand daher wiederholt vor der Entlassung, aber das

Publikum liebte den schönen, stattlichen Mann, und die Kinder vergötterten ihn geradezu; ein Professor, der im Jardin d'Acclimation Studien trieb, nannte ihn den Ratenjäger von Hameln.

Er bewohnte in der Rue Jacob im Quartier latin eine kleine Dachstube, denn seine Einnahmen waren keinesfalls glänzend und auf dem täglichen Wege ins Bols begegnete ihm unzählige jener niedlichen Arbeiterinnen, deren leichtes Herz allezeit wie Flittergold aufflammt; er hätte ohne Mühe ein zartes Verhältnis anknüpfen können, blieb aber trotz seiner heißblütigen Natur kalt wie ein Eiszapfen. Seinen Kollegen erzählte er wohl gelegentlich von der graziösen Sulamith, und sie meinten spottend, das sei seine einzige Liebe gewesen — in Wirklichkeit konnte er Judica nicht vergessen.

Die schöne und kühne Reiterin hatte ihn angesauht, und das lag seiner Bändignatur; es konnte vorkommen, daß er abends stundenlang im Café hinter einem Glase Absinth saß und die schillernde Farbe des giftigen Getränkes betrachtete; Judica hatte zwar dunkle Augen gehabt, aber bisweilen konnten sie gerade ebenso leuchten — und dann zerknirschte er plötzlich die kurze Kalkpfeife zwischen den Raubtierzähnen; das waren jene Augenblicke, in denen das Bild seines glücklichen Nebenbuhlers, Ulrich Westens, ihm vor die Seele trat.

Von John Perry und Judicas späteren Schicksalen wußte er nichts. In seiner Vorstellung ritten Ulrich und Judica jetzt zusammen die hohe Schule — die Pferde hatten sich aneinander gewöhnt und gingen Kopf an Kopf; mit den Reitern mochte es nicht anders sein — vielleicht hatten die einander schon geheiratet, das kommt im Zirkusleben nicht selten vor, nur daß die Frau immer noch als Fräulein auf dem Zettel verzeichnet steht.

Inzwischen war ein Jahr vergangen, und der Frühling streute seine jungen Blüten über die Seinestadt; da erhielt Luis Sanchez einen Brief — den ersten seit seinem Pariser Aufenthalt. Der Postkempel war London, das Papier vertiet einen sehr betagten Ladenhüter mit Fliegenschmutz und Stockflecken; die zollangen Buchstaben der Adresse schienen mit Streichhölzern hingemalt zu sein, das Siegel trug den Abdruck eines gewaltigen Daumens.

Ein derartiges Zyklopedischreiben konnte nur von Zwan Kasanoff herkommen, und er war wirklich der Verfasser. Die russischen Schulen hatten ihm wohl niemals ein Leid angetan, aber im Zirkusleben lernt sich allerlei, und Zwan konnte wirklich einen Brief schreiben.

Er war aber auch danach. Luis konnte ihn nur mit Mühe entziffern, stellte aber schließlich folgendes fest:

Erstens: Der Zirkus Morelli war schon vor Jahresfrist in die Binsen gegangen. Die Mitglieder hatten sich zerstreut, Namen wurden nicht genannt.

Zweitens: Zwan war in England, wo er Hasen und Zähne einschlug. Ganz klar kam das nicht zum Ausdruck, aber der schlaue Spanier erriet dennoch, daß sein ehemaliger Freund Preisbozer geworden war, und wenn er sich die Fäuste des Russen vorstellte, so zweifelte er nicht im geringsten, daß der verflozene Athlet als englischer Nationalheiliger verehrt werde.

Dem widersprach indessen der dritte Punkt des Briefes: es ging Zwan hundsföttisch schlecht. Er lag zwar nicht direkt auf der Straße, wohnte aber in dem Stadtviertel Whitechapel und zwar wie es schien unter einem Brückenhofen, denn seine Andeutungen waren in dieser Beziehung ziemlich allgemein; hingegen hatte er, viertens, die unbedingt sichere Aussicht Millionär zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Krüger & Wolff

Bfrozheim, Schloßberg Nr. 7, Fernsprecher Nr. 198

Anübertroffen großes Lager in
Damenmänteln, Kostümen
Kleidern, Blusen zc.
Kinder-Konfektion
 zu bekannt billigen Preisen.
 Sonntag von 2 bis 6 Uhr geöffnet.

PK

**Weihnachts-
geschenke
für Herren:**

Befiehenden
 Einahhenden
 Trikothenden
 Sporthenden
 weiße Hemden
 Nachthenden
 Unterhosen
 Unterjacken
 Socken
 Strümpfe
 Sportstrümpfe
 Wicelgamaschen
 Hosenträger
 Taschentücher
 Handtücher
 Tischdecken
 Wolldecken
 gestricke Westen

Paul Rächle, Calw.

Laubsägegarnituren
Werkzeugkasten
Schraubstöckchen

als Weihnachtsgeschenke sehr empfehlenswert.

Carl Herzog, Eisenhandlung.

PK

Vorhangstoffe
 in schmal und breit
Scheibenschleier
 abgepaßte Vorhänge
 ein- oder dreiteilig

Paul Rächle, Calw.

Empfehle zu äußerst günstigen Zahlungsbedingungen:

Salzziegel,
Biberschwänze,
Meter- und
Raminsteine.

Alfred Pfeiffer, Calw,
 Baumaterialienhandlung,
 Fernsprecher 97.

Zu verkaufen:

1 Paar Bettstellen
 1 Buffet
 2 Arbeitsstischen
 1 eichenen Esstisch.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Kalender
 für 1924
 empfiehlt preiswert
 Buchbdlg Kirchner.

2 bis 4
Zimmer
 unmöbliert
 für Bürozwede sofort zu mieten gesucht.
 Angebote unter Chiffre C. N. 294 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Abschließbarer
Bodenraum
 zu mieten gesucht.
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Schwarzes **Kostüm**
 für schlanke Figur und einen **Kinderwagen**
 verkauft.
 Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine zehn Wochen alte **Bernhardiner-Hündin**
 verkauft
 J. Löcher, Spehhardt.
 Zavelstein.
 Ein Paar **Läuferichweine**
 verkauft, ev. Lausch ge. ein fettes Schwein.
 Ulrich Koller.

Für die wohltätigen Anstalten u. Vereine des Landes bitten um **freundliche Weihnachtsgaben**
 Dekan Zeller u. Stadtpfarrer Lang.

Stoffreste
 wie
 kar. und gefir. Flanelle,
 Schürzenzeuge,
 Jestriflanelle,
 Rüsck Blusenstoffe usw.
 sind wieder eingetroffen und empfiehlt
 Frau Anna Weber,
 obere Marktstraße 31.

Stets frischen
Zwieback
 empfiehlt
Herm. Schnürle,
 Bäckerei.

Neuhengstett.
 Eine ältere **Milch-Kuh**
 hat zu verkaufen.
 Paul Salmon.

Kleieabgabe
 an sämtl. hiesige Karntchenhalter am Dienstag von 1-5 Uhr bei
M. Zwerger,
 neben dem Gaswerk.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

PK

Damenhemden
Damenbeinkleider
Damennachthemden
Untertailen
Prinzebröcke
 aus weichem Baumwolltuch oder weiß Flanel gefertigt

Paul Rächle, Calw.

Empfehle meine vorzügliche **Eier-Teigwaren**
 breite Nudeln
 Suppennudeln
 Hörnle
 Sternle
 zum Preis von 50 Pfg. pro Pfd.
Herm. Schnürle,
 Bäckerei
 u. Teigwarengeschäft.

Heizbares, möbliertes **Zimmer**
 sofort zu mieten gesucht.
 Best. Angebote unter C. N. 24 an d. Geschäftsstelle ds. Bl.



Schlittschuhe,
Davoser-Schlitten
Karl Herzog,
Eisenhandlung.

Zu Weihnachten

Größte Auswahl!		In jeder Preislage!	
Haushalt-Geschirre	Kristalle	Trinkglas-Garnituren	Sammeltassen
Gebrauchsgläser	Metallwaren	Kaffee- u. Speise-Service	Kunstporzellane
Bestecke	Rauch- und Teetische	Marmorfiguren	Echte Broncen
Ständerlampen	Schreibzeuge		

Um Besichtigung meiner ausgedehnten Verkaufsräume wird gebeten!

Jos. Hogg, Ffrozheim

Leopoldplatz